auch vor Überfällen und wirken abschreckend auf Angreifer. Traurige Realität ist nämlich auch: Die Gewalt gegen Menschen, die auf der Straße schlafen, nimmt zu.

Für Armut bestraft

Wie gegen die Ärmsten der Armen vorgegangen wird, ist Sinnbild dafür, was für die deutsche marktorientierte Gesellschaft zählt. Obdachlosigkeit ist eine Folge und Form von Armut. Wer in Deutschland arm ist, der bezieht häufig Hartz IV. Das bietet mit seinen Sanktionsmöglichkeiten Optionen, dafür zu sorgen, dass Menschen jeden Job annehmen, um zu überleben. Dann heißt es „friss oder stirb!“ und so wird zugesichert, dass Menschen zu unsicheren und prekären Berufen zu jeder Bedingung arbeiten, zumindest für die Arbeitgeber ist das sehr lohnend.

Wie ist es aber mit den Menschen, die hintenüberfallen? Die keine Meldeadresse haben, über die man ihnen Sanktionen mitteilen kann, die keinen Beruf ausüben, oder gar nicht erst einen ausüben können? Das macht die Stadt Dortmund vor: Sie sollen nicht schlafen dürfen, keinen Platz einnehmen, aus unserem Blick verschwinden. Die Menschen werden für ihre Mittellosigkeit und ihr natürliches Bedürfnis nach Schlaf bestraft, in einer Gesellschaft, in der diese Mittellosigkeit traurigerweise dazugehört wie das Amen in der Kirche.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Bild 1 uns 2: Eigene Fotos
Bilder 3 und 4: pixabay.com - CC0, https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 21 | Dezember 2018 www.perspektive-online.net

Das war das Jahr 2018: Rückblick & Ausblick

– von Kevin Hoffmann –

So langsam neigt sich das Jahr 2018 seinem Ende zu. Ein guter Zeitpunkt um einen Rückblick auf das was dieses Jahr geschehen ist und auf das was im kommenden Jahr wichtig wird.

Das Jahr 2018 und die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse in Deutschland haben zu einer starken Polarisierung von Meinungen beigetragen. Die hier aufgeführten Themen sind dabei sicher nur ein kleiner Ausschnitt, stehen aber exemplarisch für Themen, bei denen die Meinungen und Bewertungen wohl kaum weiter auseinander gehen könnten.

Aufrüstung und Überwachung

Das Jahr 2018 war ein Jahr der Aufrüstung. Nicht nur Weltweit, sondern auch in Deutschland wurde ein deutlich höheres Militärbudget beschlossen, neue Waffensysteme sollen angeschafft werden und die Bundeswehr soll zukünftig weltweit „mehr Verantwortung“ übernehmen. Im Klartext: Die Bundeswehr soll in noch mehr Kriegen eingesetzt werden.

Parallel dazu werden in fast allen Bundesländern die Polizeigesetze massiv verschärft und die Geheimdienste bekommen immer mehr Befugnisse. Massive Ängste vor Kriminalität und Terror wird geschürt und das obwohl so wenige Straftaten wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr registriert wurden.

Ruck nach Rechts

Die politischen Debatten werden immer weiter nach Rechts gezogen. Dazu hat nicht zuletzt der Einzug der AfD in alle Landesparlamente gesorgt. Dabei nimmt auch die offen rassistische und faschistische Rhetorik weiter zu. Gewalttaten wie in Chemnitz oder Kandel werden genutzt um rassistische Stimmung zu verbreiten. Parallel dazu bilden sich immer mehr bewaffnete faschistische Strukturen. Durch mildeste Strafen wie im NSU-Prozess und die Verneinung des rechten Terrors werden sie dazu noch ermutigt.

Unsere Umwelt

Die langanhaltende Trockenheit bzw. die Hitzewelle im Sommer 2018 zeigt, dass der Zustand unserer Umwelt zunehmend zu einer existenziellen Frage wird. Mittlerweile können wir die Auswirkung auch in Deutschland immer deutlicher spüren. Immer mehr Menschen engagieren sich auch hier für eine lebenswerte Zukunft!

Reaktionen und Perspektiven

Doch natürlich gab es nicht nur negatives im Jahr 2018! 2018 war auch ein Jahr zahlreicher Proteste und Bewegungen, die sich gegen die oben genannten Entwicklungen richteten. Angefangen mit den anhaltenden Protesten gegen die neuen Polizeigesetze über die Bewegung gegen die mörderische Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU bis hin zu den unzähligen Menschen die sich für den Erhalt des Hambacher Forst und den Kohleausstieg engagiert haben.

Hinzu kommt eine stark wachsende Bewegung gegen die immer weiter steigenden Mieten in den Großstädten und Ballungsgebieten Deutschlands. Auch im kleinen fangen immer mehr Menschen an sich zu organisieren und gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu Wehr zu setzen.

Auch im kommenden Jahr wird es mehr als genug Anlässe und Gründe geben sich gegen die herrschenden Zustände zur Wehr zu setzen, sich zu engagieren und zu organisieren. Dabei sollte es uns nicht nur darum gehen, aus der Defensive heraus Abwehrkämpfe zu führen, um das schlimmste zu verhindern, sondern Alternativen aufzuzeigen und aufzubauen.

Um so mehr gilt es auch im Jahr 2019 schließen wir uns mit unseren NachbarInnen, KollegInnen und FreundInnen zusammen und setzten uns gemeinsam für unsere Interessen ein. Schaffen wir im Großen wie im Kleinen eine Kultur der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe und setzen damit Egoismus und Rassismus, „Ellenbogengesellschaft“ und Vereinzelung eine positive Alternative gegenüber.

Schlafen verboten! – Obdachlose vertreiben, ist das gerecht?

– von Olga Wolf –

Für einen Menschen, der keine Wohnung hat, ist die Welt „unerträglich unbequem“. So beschreibt es Mik Everett, ehemals Obdachlose, in ihrem Buch. Es sei einfach, zu denken, dass wohnungslose Menschen für ihr Schicksal selbst verantwortlich wären. Vor diesem Hintergrund scheint es nur konsequent, wenn der Staat härter gegen „lungernde Obdachlose“ vorgeht und sie von Schlafstätten vertreibt. Ob das so stimmt, in einem System, dass unnachgiebig Druck ausübt auf jeden Einzelnen von uns?

Es kommt der Winter, der für die meisten von uns Behaglichkeit und Heizungswärme bedeutet. Für Menschen ohne Wohnung heißen Minusgrade vor allem die Angst vor dem Kältetod. Logischerweise flüchten sich Menschen an Orte, die zumindest ein wenig Schutz vor dem Wetter bieten, unter Brücken, hinter Containern schlagen sie Nachtlager auf. In der Stadt Dortmund beispielsweise stellt das eine Ordnungswidrigkeit dar: 20 Euro müssen gezahlt werden, und weiterschlafen dürfen diejenigen natürlich nicht an Ort und Stelle.

„In Deutschland muss niemand obdachlos sein“

Den Satz hat jeder schon gehört und auch ich gehöre zu denen, die ihn mal gesagt haben. Nicht aus Böswilligkeit, sondern weil ich davon überzeugt war. Tatsache ist aber, dass für die mehr als 850.000 Obdachlosen in Deutschland nicht genug Notschlafplätze vorhanden sind. Kein Wunder - immer mehr Menschen können sich Wohnraum nicht mehr leisten, es gibt immer mehr obdachlose Menschen. Wer in der Stadt wohnt und Miete bezahlt kann das sicher nachvollziehen, Wohnen wird immer teurer.

Diese Notschlafplätze sind nicht nur zu wenige, selbst sie sind zu teuer. Wer nicht stiehlt oder bettelt, kann die paar Euro, die eine Übernachtung kostet, oft nicht aufbringen. Hinzu kommt, dass in vielen Einrichtungen aufgrund des Platzmangels nicht erlaubt ist, jede Nacht dort zu schlafen.

Vor allem Frauen und MigrantInnen berichten, dass die Notunterkünfte außerdem gefährlich sein können. Für viele ist ein weiterer Punkt, der die Nutzung unmöglich macht, dass Haustiere nicht gestattet sind. Besonders Hunde sind aber für manche Menschen ohne Wohnung überlebensnotwendig, denn sie schützen